

Wegen Elektromog: Politiker fordern handyfreie Zone

Von Stefan Ehrbar

Samstag, 16. Januar 2016 23:29



Knapp 20 000 von ihnen stehen in der Schweiz: Mobilfunk-Mast. Foto: KEYSTONE/AP/Frank Augstein

Twittern

Empfehlen

G+1 0

Mit einem neuen Forschungsprojekt sollen Gefahren des Mobilfunks aufgezeigt werden.

Margret Kiener Nellen ist alarmiert. Die Nationalrätin der SP sagt einem «menschheitsschädlichen Phänomen» den Kampf an: dem Elektromog. Darunter wird etwa die Strahlung, die durch Mobilfunk oder WLAN-Netze erzeugt wird, verstanden. In einer Motion verlangen Kiener Nellen und 27 Nationalräte die Errichtung einer strahlungsfreien oder -armen Zone. Sie fordern den Bundesrat auf, ein Forschungsprojekt zur Wirkung nicht ionisierender Strahlung auf sogenannt elektrosensible Personen einzurichten. «Dazu braucht es die Bezeichnung und den temporären Schutz einer elektromogfreien oder -armen Gemeinde», heisst es im Vorstoss.

Mit der Verbreitung der Mobiltelefonie klagten vermehrt Menschen über Kopfschmerzen, Herzrhythmus-Störungen und Einschränkungen bis hin zur Arbeitsunfähigkeit. Die Betroffenen litten grosse Not und fühlten sich im Stich gelassen. Linderung fänden sie nur in abgeschirmten Räumen, in Kellern oder im dichten Wald, heisst es in der Motion, die etwa von den SVP-Nationalräten Yvette Estermann und Lukas Reimann, dem Solothurner Stadtpräsidenten Kurt Fluri (FDP), Viola Amherd (CVP) oder Evi Allemann (SP)

unterschrieben wurde.

Eine strahlungsfreie oder strahlungsarme Zone, sagt Kiener Nellen, wäre rasch realisierbar, vorzugsweise an einem Ort, der aktuell eine niedrige Belastung aufweist und wo die lokalen Behörden und die Bevölkerung motiviert werden können.

Eine ähnliche Motion hatte Kiener Nellen 2013 eingereicht. Der Bundesrat antwortete damals, das 2011 abgeschlossene Nationalfonds-Forschungsprogramm zu Mobilfunk habe keine alarmierenden neuen Tatbestände zutage gefördert. Für Elektrosensibilität gebe es keine anerkannte medizinische Diagnose. Aus wissenschaftlicher Sicht sei es unwahrscheinlich, dass kurzfristige Belastungen mit nicht ionisierender Strahlung für die Symptome verantwortlich seien.

Diese Einschätzung müsse revidiert werden, sagt Kiener Nellen. Denn die Exposition gegenüber elektromagnetischer Strahlung habe zugenommen, neue kritische Studien seien erschienen und die Anzahl elektrosensibler Personen wachse rasant an. In der Zwischenzeit habe der Bundesrat eine Situationsanalyse in Auftrag gegeben, die weiteren Forschungsbedarf anerkenne sowie gesundheitliche Auswirkungen wie erhöhtes Krebsrisiko nicht ausschliesse.

Trotzdem sorgt sich laut Kiener Nellen die Mehrheit in Politik und Verwaltung noch nicht um das Thema – oder wolle sich nicht darum sorgen. Die Forschung, wie sie etwa von der ETH-Stiftung «Strom und Mobilkommunikation» durchgeführt wird, sei von der Branche finanziert und daher kaum unabhängig.

Die Positionen in der Mobilfunk-Debatte sind weit auseinander. Die nationalrätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen hat sich diese Woche für eine Anhebung des Anlagegrenzwertes für Mobilfunkanlagen ausgesprochen, die Handyantennen sollen also stärker strahlen dürfen. Auch sollen die Baubewilligungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Damit kommt die Kommission Telekomfirmen entgegen. «Der wissenschaftliche Konsens lautet heute in aller Kürze: Es gibt, nachdem Tausende von Studien publiziert wurden, keine wissenschaftlichen Belege, dass die Immissionen von Mobilfunkanlagen negative Folgen für die Gesundheit haben», sagt Swisscom-Sprecher Josef Huber. Zu diesen Resultaten kämen auch das Bundesamt für Umwelt oder die Internationale Kommission zum Schutz vor nicht ionisierender Strahlung.

Auch die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, schreibt in einem Faktenblatt, es lasse sich «kein überzeugender Beleg dafür finden, dass sich die schwachen Hochfrequenz-Signale von Basisstationen und drahtlosen Netzwerken nachteilig auf die Gesundheit auswirken». Ob eine strahlungsfreie Zone überhaupt möglich ist, ist unklar. Denn nicht ionisierende Strahlung erzeugt etwa auch die Nutzung elektrischer Geräte oder die terrestrische Verbreitung von Radio und Fernsehen. Für Margret Kiener Nellen aber ist klar: «Als ehemalige Gemeindepräsidentin sage ich: Das wird bald zu einem Standortvorteil werden!»